

Ales Bialiatski fordert Sanktionen

Autor(en): **Hui, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **115 (2021)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-965944>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ales Bialiatski fordert Sanktionen

Matthias Hui

Ales kehrt nach den Treffen des Menschenrechtsnetzwerks, zu dem wir beide gehören, stets nach Belarus zurück. Unter allen Umständen sieht er dort seinen Platz. Seit vierzig Jahren, zuerst noch in der Sowjetunion, steht er dort ein für Menschenrechte. Diesen Kampf hat er nicht gesucht, sondern aufgenommen. Seine Profession und Passion ist eigentlich die belarussische Literatur. Ales verfällt an unseren Zusammenkünften nie in Hektik, sein Gesicht ist heiter, akzentuiert durch seine schlohweissen Haare und seinen Schnurrbart. Er wirkt bescheiden, nachdenklich und klug.

Im Sommer 2020 wurden in Belarus die Wahlen manipuliert. Eine breite Protestbewegung erschütterte daraufhin die Macht, darunter viele ganz junge Menschen, Künstler*innen und vor allem Frauen. Diese gingen weiss gekleidet auf die Strasse; sie protestieren in traditionellen Rollen als Mütter und Partnerinnen dagegen, dass das Regime ihre Männer und Kinder zusammenschlägt; sie wollen gleichzeitig in einem feministischen Kampf den Gewaltstrukturen im Staat wie im Privaten ein Ende setzen.

Aber Diktator Alexander Lukaschenko hält sich an der Macht, schon seit 1994. Ihm hilft ein brutaler Repressionsapparat, der auch den unentschlossenen Teil der Verwaltung und der Bevölkerung in Angst versetzt. Und Russlands Regierung lässt ihn nicht fallen. Ales Bialiatski gehört zum Koordinationsrat der Opposition, der von Swetlana Tichanowskaja im Exil angeführt wird.

Druck von aussen wäre entscheidend, um die Bewegung für Menschenrechte und Demokratie im Innern mit Sauerstoff zu

versorgen. Für diese ist klar: Es braucht Sanktionen. Es war verheerend, dass ab 2016 frühere Sanktionen der EU und weiterer Staaten, die etwa die Freilassung politischer Gefangener bewirkten, viel zu früh aufgehoben wurden. Ohne dass Belarus die Todesstrafe abschaffte oder freie Wahlen garantierte, wurde dem Diktator – nicht zuletzt als Gastgeber von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine – wieder Anschluss an Europa gewährt. Bundesrat Cassis eröffnete im Februar 2020 zusammen mit Präsident Lukaschenko in Belarus eine schweizerische Botschaft.

Für wirksame Sanktionen gibt es zwei Bedingungen. Erstens darf es nicht um flächendeckende Massnahmen gehen, die am Schluss die Schwächsten treffen. Das Konzept der «Smart Sanctions» will dies vermeiden. Sie sollen gezielt verbrecherische Verantwortungsträger und Strukturen treffen. Deshalb verlangen Bialiatski und Tichanowskaja, dass die bestehenden Sanktionen gegen Entscheidungsträger*innen für die staatliche Repression auf höchster Ebene jetzt auf Richter*innen oder Verantwortliche im Sicherheitsapparat ausgedehnt werden. Und sie fordern ökonomische Sanktionen gegen Unternehmen, die das Regime unterstützen. Damit ist die zweite Voraussetzung gewährleistet: Sanktionen müssen von der Zivilgesellschaft selber gefordert und konzipiert werden.

Die belarussischen Menschenrechtsorganisationen fordern die Unterbrechung der Normalität. Als der Schweizer René Fasel als Präsident des Eishockey-Weltverbands Anfang 2021 mit einem Besuch bei Diktator Lukaschenko und einer innigen

Umarmung die Weltmeisterschaften retten wollte, löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Die Spiele waren unter der Androhung eines Boykotts unmöglich geworden. Auch vom schweizerischen Konzern Stadler Rail fordern die belarussischen Organisationen das Einfrieren von Investitionen bis zu Neuwahlen und klare Positionen in Menschenrechtsfragen.

Es ist höchste Zeit, dass Menschenrechtsorganisationen und Friedensbewegungen weltweit differenzierter und vernetzter über Sanktionen, Boykottmassnahmen und Desinvestitionen sprechen. Zu stark werden diese Diskussionen Staaten und ihren strategischen Interessen überlassen. Belarus sollte Anlass geben für zivilgesellschaftliche Konzeptionen solidarischer Sanktionen zumindest in Europa.

Ales sah ich zum letzten Mal im März 2021, per Video. Seiner Organisation Viasna wurde einmal mehr ein Menschenrechtspreis verliehen. Botschafter*innen europäischer Staaten waren live dabei. «Bevor wir unsere Ziele erreicht haben, werden wir nicht aufgeben», sagte er. Seine Rede hatte er vorsichtshalber aufgezeichnet, damit sie in jedem Fall eingespielt werden konnte. Er weiss nie, wann er verhaftet wird, allenfalls gefoltert, wie der im Mai aus einem Linienflugzeug entführte Blogger Roman Protasewitsch. Schon 2011 sass Ales drei Jahre im Gefängnis, forderte Sanktionen – und bekam Menschenrechtspreise. Und dann wurde er plötzlich entlassen, nahm seinen Kampf sofort wieder auf und kehrte auch an unsere Treffen zurück. Im Glauben an Gerechtigkeit und Solidarität. ●

○ Matthias Hui, *1962, ist Co-Redaktionsleiter der *Neuen Wege* und arbeitet bei humanrights.ch unter anderem im Menschenrechtsnetzwerk Civic Solidarity Platform.